Gemeinde Eitorf
DER BÜRGERMEISTER

ANLAGE
zu TO.-Pkt.

interne Nummer XV/0552/V

Eitorf, den 20.10.2022

Amt 20.2 - Steuerabteilung
Sachbearbeiter/-in: Ursula Heuser

Bürgermeister

i.V.

Erste Beigeordnete

VORLAGE
- öffentlich -

Beratungsfolge

Hauptausschuss	14.11.2022
Rat der Gemeinde Eitorf	05.12.2022

Tagesordnungspunkt:

Anregung nach § 24 GO NRW auf Einführung einer Katzensteuer in der Gemeinde Eitorf

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Gemeinde Eitorf, der Anregung auf Einführung einer Katzensteuer nicht stattzugeben.

Begründung:

Per Email vom 30.07.2022 bittet der Antragsteller um Beratung und Beschluss über die Einführung einer Katzensteuer in der Gemeinde Eitorf. Es handelt sich um eine Anregung nach § 24 GO. Nach der Zuständigkeitsordnung der Gemeinde Eitorf berät über das Ortsrecht der Hauptausschuss. Die Email ist als Anlage beigefügt.

Die Einführung einer Katzensteuer wird immer wieder bei einzelnen Kommunen angeregt und das Für und Wider einer Katzensteuer öffentlich diskutiert. Gründe hierfür sind – entsprechend dem vorliegenden Antrag – insbesondere die Verunreinigungen durch Katzenfäkalien, aber zuweilen auch z.B. die Dezimierung des Singvogelbestands durch Katzen.

Im Zuge dessen hat sich der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) bereits im Jahr 2017 positioniert und sich klar gegen die Erhebung dieser Steuer auf gemeindlicher Ebene ausgesprochen. Mit Mitteilung vom 30.01.2017 hat der Städte- und Gemeindebund NRW (StGB NRW) hierauf Bezug

genommen und Folgendes ausgeführt:

Weder dem StGB NRW noch dem DStGB sind gemeindliche Gebietskörperschaften bekannt, die eine Katzensteuer eingeführt hätten, wenngleich dies bekanntermaßen zuweilen Gegenstand kommunalpolitischer Diskussion war. Zwar finden sich auch Katzenfäkalien auf öffentlichen Straßen und Wegen, für deren Beseitigungsaufwand eine Steuer – analog zur Hundesteuer – in der Sache gerechtfertigt wäre.

Eine Katzensteuer wäre grundsätzlich zulässig, jedoch sprechen sowohl der fiskalische als auch der Lenkungsaspekt dagegen. Sie wäre kaum administrierbar und brächte einen immensen Verwaltungsaufwand mit sich, der in keinem Verhältnis zu dem zu erwartenden Ertrag stehen würde. Darüber hinaus wäre mit einem vermehrten Aussetzen von Katzen zu rechnen, was im Hinblick auf die Verunreinigung öffentlicher Straßen und Wege erkennbar kontraproduktiv wäre.

Nach aktuellem Kenntnisstand hat sich sowohl an der Positionierung als auch an der Tatsache, dass zurzeit keine Kommune eine Katzensteuer erhebt, nichts geändert.

Zum immensen Verwaltungsaufwand für die Erhebung und Kontrolle sei verdeutlicht, dass Katzen – anders als Hunde – oftmals keinem Halter zugeordnet werden können.

Es bleibt darüber hinaus auf § 2 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) hinzuweisen. Hiernach dürfen Abgaben nur aufgrund einer Satzung erhoben werden. Eine Satzung, mit der eine im Land nicht erhobene Steuer erstmalig oder erneut eingeführt werden soll, bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung des Innen- und Finanzministeriums. Wie bereits oben erläutert, wird eine Katzensteuer derzeit in keiner Kommune erhoben. Inwieweit die erforderliche Genehmigung erteilt würde, ist - auch nach Rücksprache mit dem StGB NRW - sehr fraglich. Ein Satzungsmuster ist nicht vorhanden.

Von Seiten der Verwaltung wird daher vorgeschlagen, von einer Einführung der Katzensteuer abzusehen.

Anlage(n)

Email vom 30.07.2022